

Haushalt und Finanzen 2020



Rede der fraktionslosen Kreistagsabgeordneten Sonja Crämer-Gembalczyk, DIE LINKE, anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2020 am 11. Dezember 2019
(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort!)

Guten Abend Herr Landrat Dr. Schulze Pellengahr,
guten Abend liebe Verwaltungsangestellten,
sehr geehrter Herr Dr. Tepe,
liebe Kollegen*innen und sehr geehrte Gäste

Die bürgerlich-liberale Demokratie setzt auf das Subsidiaritätsprinzip. Denn in den Kreisen und Kommunen ist die Lebensrealität an der sich jede Ordnung messen lassen muss, zu Hause. Politische Entscheidungen werden hier umgesetzt, die Auswirkungen werden zur Realität. Hier leben die Menschen zusammen. In unserer Verantwortung liegt es mit, dass Jede*r das auch gut in unserem Kreis kann.

Ein zentrales Instrument zur Versorgung der Bürger*innen und zu deren Sicherung der Lebensqualität ist der vorliegende Haushaltsentwurf für 2020.

Herzlichen Dank an all Jene, die daran mitgearbeitet haben. Ein besonderer Dank an Herrn Gilbeau, unter dessen Federführung das in diesem Jahr zum letzten Mal geschah und herzlich Willkommen Herr Dr. Tepe.

Leider wird mit dem vorliegendem Haushaltsentwurf, eine Chance vertan, die in unseren Augen vorhandene Schiefelage auszugleichen, die dieser Haushaltsplan ausdrückt. Wir müssen jetzt in die Zukunft planen und investieren, um die Lebensbedingungen der nächsten Generation in lebenswerterweise zu erhalten und gestalten zu können. Es warten da noch Aufgaben, die eine sozial-ökologische Transformation mit einer Politik der Zukunftsfähigkeit, die mit der Schaffung von Konturen für eine Nachhaltigkeitswende einhergeht und mit rein marktconformen Mitteln nicht zu realisieren sein wird.

Herr Gilbeau sprach in seiner Rede im Zusammenhang mit der Haushaltsaufstellung, davon ... dass ein Mehr an Transparenz nicht möglich scheint ... Da möchte ich Ihnen bei aller Würdigung Ihrer Verdienste allerdings widersprechen.

Im Kreis und den Kommunen findet der spürbare Kontakt zwischen allen Teilen der Zivilgesellschaft statt. Je besser und effektiver dieser Kontakt ist, desto erfolgreicher und akzeptierter ist die Kommunalpolitik. Uns fehlt es aber an echter „Bürgertransparenz“. Was hilft es dem/der ungeübten Interessierten im Kreis, der/die sich noch nie mit einem Rechenwerk wie dem Kreishaushalt auseinandergesetzt haben, wenn sie oder er dieses im Netz oder sonst wo veröffentlicht finden. Es nutzt nur sehr interessierten Menschen. Echte Transparenz beinhaltet viel mehr. Zum Beispiel; ein echtes, gelebtes Bürgerforum, einen realistischen Bürgerhaushalt, mehr Mut zu Befragungen der Bürger*innen und mehr Teilhabe an Entscheidungen. Das hilft auch denen, die sich in professioneller Weise mit solchen Politikfeldern beschäftigen.

Daraus erwächst zivilgesellschaftliches Handeln. Im Haushaltsentwurf ist diesbezüglich nichts zu finden. Unser Vorschlag, Implementierung einer Open-Government Plattform und andere niederschwellige und weitgehende Informations- und Interaktionsmöglichkeiten. Wir wünschen uns daher erneut mehr Engagement für die Vereinfachung der Lesbarkeit aller Dokumente, Texte, Eingaben etc., also vor allem bezogen auf die Übersetzung von Verwaltungssprache in vereinfachte/einfache Sprache, freie Lizenzrechte, Quellenangaben und Maschinenlesbarkeit. (Open Source und Proprietär –so hört sich das nicht vereinfacht an.)

Wir sind der festen Überzeugung, dass Transparenz verstärktes politisches Interesse und Engagement erzeugen kann. In der Schaffung von Transparenz ist zu sehen, ob Bürger*innen in ihren Anliegen ernst genommen werden.

Ernst genommen werden, möchten unsere Mitbürger*innen auch bei der Betrachtung und in der Bewertung der arbeitsmarktpolitischen Daten. Leider werden noch immer die offiziellen Arbeitslosenquoten zwar an prominenter Stelle veröffentlicht, also mit **2,6 %** im Oktober für das Jobcenter Kreis Coesfeld oder in absoluten Zahlen mit 3.260 Menschen. Aber hilft das, jenseits der öffentlichen Bekanntmachungspflicht zu realen Einschätzung einer solchen Problemlage wirklich weiter? Wir denken Nein! Es fehlen andere Eckwerte.

Ende 2018 erhielten 12.629 Menschen Leistungen der sozialen Mindestsicherung, das entspricht einer Quote von 5,7 %. Darüber hinaus sei hier nochmals auf die Unterbeschäftigungsquote hingewiesen. Auch sie könnte genauso mitveröffentlicht werden wie die Arbeitslosenquote. Im Oktober waren in unserem Kreis **4.957** Menschen oder 3,9%, unter und damit ohne jede/r Beschäftigung und flossen trotzdem nicht in die Arbeitslosenquote mit ein. Damit erhöht sich die Quote der Menschen ohne Arbeit auf **6,5 %** und in absoluten Zahlen auf **8.217** Betroffene. Direkt fällt bei diesem Vergleich ins Auge, dass von der Unterbeschäftigung mehr Menschen in unserer Gemeinschaft betroffen sind, als von der gerechneten Arbeitslosigkeit. Hier zeigt sich ein politisches Arbeitsfeld in dem Handlungsbedarf deutlich angezeigt ist.

So hören sich, trotz der 8.217 Einzelschicksalen, die Zahlen im Vergleich zu anderen Kreisen und Städten gut an. Aber an diesen knapp 8.300 Menschen hängen Familien die automatisch mitbetroffen sind. Ferner müssen diese Daten noch mit einem ganz anderen Aspekt in Zusammenhang gesetzt werden. Im Münsterland und deshalb auch bei uns, blüht der Minijob Sektor.

Vor einigen Jahren erschien eine lesenswerte Studie für die einzelnen Münsterland Kreise zum Thema Mini-Job. Zu finden ist sie unter: Regionalagentur Münsterland – Mini Job Studie.

Dort heißt es: „ ... Das Münsterland ... ist eine der Regionen, in denen verhältnismäßig deutlich mehr in Mini-Jobs gearbeitet wird als in den meisten anderen Regionen Deutschlands.“

Auffällig hoch liegt im Kreis Coesfeld mit 45,2 % der Anteil der Unternehmen, die ihren geringfügig Beschäftigten lediglich den Mindestlohn oder etwas mehr zahlen. Im Münsterlanddurchschnitt sind es 33,4 %. Stark „unterausgeprägt“, wie es in der Studie heißt, ist die Bereitschaft der Unternehmen, Mini-Jobs zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auszuweiten. Nur 42,9 % der Unternehmen waren dazu bereit. Münsterland Durchschnitt – 51,2 %. Überstunden bekommen 33,8 % der Betroffenen nicht einmal bezahlt. (So wird der immer noch nicht armutsfeste Mindestlohn unterwandert) 32,9 % bekommen keine Leistungen wie bezahlten Urlaub, Weihnachts- oder Krankengeld. Da fällt es nicht schwer die Zahlen, die es im Kapitel „Motivlage und Ausweitungspotenzial“ zu finden gibt, nachzuvollziehen. Dort geben 33,4 % der betroffenen Befragten an, „sie würden leider keine andere Arbeit finden“. Es verwundert nicht, das 66,7 % angeben, dass sie herzlich gerne ihre Beschäftigung in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit umwandeln würden, dieses werde ihnen aber verwehrt. Im Weiteren bleibt zu bedenken, dass viele der Mini-Jobber*innen zwei und drei dieser Beschäftigungen haben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dann sehen die vermeintlich so schönen Zahlen ganz anders aus. Die statistisch ausgewiesene Arbeitslosenquote ist nur auf einem solchen Stand, weil der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet wurde und viele Menschen trotz Arbeit in prekären Lebensverhältnissen leben müssen. Auch fehlen uns Linke zudem Angaben und Aussagen zu den Auswirkungen eines sanktionsbefrachteten Hartz-IV-Systems – bezogen auf unseren Kreis. Es gilt auch mit Mitteln des Haushalts einer solchen sozialen Abwertung und damit verbundenen Kontrollverlust über das eigene Leben, das unter den inhumanen Bedingungen des Hartz-IV-System nicht mehr planbar ist, im Rahmen der Möglichkeiten des Kreises entgegenzuwirken.

Ziehen wir den kürzlich erschienenen Armutsbericht des BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) zu Rate, so bezeichnet dieser Menschen, die nur über 60 % und weniger des mittleren Einkommens verfügten, als arm. „Armut lässt sich nicht skandalisieren, Armut ist der Skandal!“ So der renommierte Armutsforscher Christopher Butterwegge. In Deutschland gelten als besonders gefährdet kinderreiche Familien, Menschen ohne Arbeit, Migranten*innen und erschreckender Weise zunehmend Rentner und Rentnerinnen. Also genau die Menschen die unter das SGB II – SGB XII fallen. Und eben auch Mini-Job Beschäftigte. wobei die Dunkelziffer richtigerweise nicht zu berechnen ist. Im Besonderen leiden dabei immer die Kinder. Leider verzeichnet der Kreis Coesfeld bei der Kinderarmut eine steigende Tendenz, wie die aktuellen Zahlen aus den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit belegen. Arme Kinder kommen aus armen Familien und das liegt darin begründet, dass ihre Familien entweder keine oder schlecht bezahlte Arbeit haben.

Konkret heißt das für das Kreisgebiet, dass Ende 2017 waren 3.178 Kinder als arm ausgewiesen waren, die in 1.638 Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II leben. Im Kreis Coesfeld liegt somit die Quote bei 7,8 % und steht damit im Landesdurchschnitt relativ gut da. Über die Höhe der

Dunkelziffer liegen schwerlich Daten vor. Es sind aber eben nicht nur Zahlen, sondern reale kleine Menschen, die ertragen müssen, dass Armut ein extrem großes Bildungshemmnis ist und ihnen viele Lebenschancen vorenthält.

Um dagegen anzugehen sehen wir auch auf der Kreisebene nachhaltigen Handlungsbedarf, wie zum Beispiel einen öffentlichen und öffentlich gestützten Arbeitsmarktsektor. Solche Maßnahmen ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe, verhindert ein weiteres Anwachsen der enormen sozialen Spaltung und bietet Optionen, dass die brennende soziale Problemlage nicht auf ein Verhältnis von innen und außen, fälschlicherweise reduziert wird.

Ausdruck der Gesamtentwicklung ist auch die Altersarmut, die ebenfalls zugenommen hat. Auch hier hätten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen ein Großteil des Problems vermieden. Gerade den Senioren und Seniorinnen sollten wir Respekt zollen. Das geht nur über Daseins- und Würde erhaltende Alterseinkommen, die ein sorgenfreies, Bürokratie armes Leben ermöglichen.

Leider ist auch für die Berücksichtigung solcher Anliegen und deren Bearbeitung, im Rahmen der Kreismöglichkeiten, kein Posten im Haushalt zu finden.

Ebenso gehören zu einem würdevollen Leben adäquate und bezahlbare Wohnungen. Wie die Pestel-Studie des Instituts aus Hannover beweist, existiert aber hier im Kreis ein großes Problem. Für viele Menschen wird die Wohnraumfrage zur Existenzfrage. Das gilt eben nicht nur für die Ballungsgebiete und großen Städte, sondern wie aus der Studie hervorgeht, im Besonderen auch für das Münsterland und damit für den Kreis Coesfeld folgerichtig ebenso.

2015 fehlten bei uns im Kreis bereits 1480 Wohnungen. Diesen standen nur 750 fertiggestellte Wohngebäude gegenüberstanden. Heute im Jahre 2019 hat sich ein Rückstau gebildet, dem im vergangenen Jahr 847 fertiggestellte Wohngebäude gegenüberstanden, Dieser Notstand ist nur noch durch öffentliches Eingreifen mit entsprechenden öffentlichen Investitionsmaßnahmen in den sozialen Wohnungsbau zu beheben. Heute rächt sich die neoliberale Politik vergangener Jahre. Wie der Herr Landrat in seiner Haushaltseinbringung bemerkte, weist die Pestel-Studie einen erheblichen Bedarf an bezahlbaren Wohnraum auch für Lüdinghausen nach. Deshalb soll nun auf einem ungenutzten Grundstück des Kreises eine Wohnanlage mit 60/70 Einheiten gebaut werden. 20% der Wohnungen sollen geförderter Wohnraum werden. 20%? Sie sehen uns schmunzelnd. Das sind mal gerade etwa 12/14 Wohneinheiten. Ein Tropfen auf den heißen Stein, der kaum etwas bringt. Es bleibt die Tatsache, je mehr Menschen um Wohnraum konkurrieren – desto höher werden leider die verlangten Mieten. Das ist die unbarmherzige Marktlogik.

Gleichzeit sind die Kaufpreise für Bauland und Immobilien im Münsterland gestiegen, bis teilweise 60 % - das können sich immer weniger Menschen leisten. Das ist der neuen Studie-Empirica – zu entnehmen.

Das beweist, der Wohnungsnotstand ist im Kreis angekommen.

Wir sehen zu einer Neuaufgabe der kommunalen Wohnungsbau- und Fördergesellschaften nach alt bekanntem, aber eben nicht neoliberalen Modell, keine Alternative. Wohngemeinnützigkeit und bezahlbaren Wohnraum für Alle und nicht Abschreibungsobjekte für Wenige. Verzichten wir darauf, droht auch bei uns im Kreis eine Wohnungskrise, die das Potential zu sozialen Spannungen in sich birgt. Das gibt der Haushaltsentwurf leider auch nicht her, wir finden nicht einmal erste präventive Akzente, die den sozialen Wohnungsbau forcieren.

Eine Bertelsmann-Studie zu den Betreuungsschlüsseln in Deutschland, offenbart, dass in unserem Kreis die Kontingente für Kindergartenkinder nicht ausgeschöpft werden. Damit belegen wir, gemeinsam mit Warendorf, den Höchstwert im Münsterland beim Nichtbesetzen von Vollzeit-Planstellen im Kindergarten. Auf 9,6 Kinder kommt gerade einmal eine pädagogische Fachkraft. Die Bertelsmann Stiftung beklagt, dass gute Kita-Qualität offenbar vom Wohnort abhängig sei.

Uns allen sind sicher noch die Debatten in Erinnerung, die es in Bezug auf den Kinderschutzbund gab. Wir sind enttäuscht über das Ergebnis der Abstimmung. Schon vor zwei Jahren lehnte der Kreistag einen ähnlichen Antrag des Kinderschutzbunds ab. Auch da ging es um eine Fachstelle gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Junge Menschen haben ein Recht auf Unversehrtheit an Leib und Seele.

Wir haben erneut eine großartige Chance vertan, im Kreis eine hochkarätige Hilfe für Kinder und Jugendliche zu implementieren. Die Online-Petition die zeitgleich lief, zeigte deutlich den Wunsch der interessierten Bürger*innen. Alle bereits vorhandenen Programme beginnen ab dem 14. Lebensjahr, das reicht bei weitem nicht. Jetzt muss nachgeschult und Strukturen aufgebaut werden, das kostet und das dauert. Wir, von Die Linke, sind der Auffassung, dass viel mehr gegen diese und andere Formen gesellschaftlich verursachter sozialer Kälteströme zu tun ist, die vor allem Kinder und Jugendliche trifft.

Eine weitere und sehr relevante Zukunftsinvestition ist die Verkehrsplanung und -gestaltung. Auch im Münsterland stößt das vorhandene Verkehrssystem an seine Grenzen.

Der IHK-Geschäftsleiter Verkehr und Infrastruktur fasst es so zusammen, „Die verfügbare Infrastruktur, gleich ob Straße oder Schiene, ist kaum noch in der Lage, das gestiegene Verkehrsaufkommen abzuwickeln.“ Er spricht dabei gleichermaßen von Individual- und öffentlichem Verkehr.

Das ÖPNV-System gehört zur Daseinsfürsorge und trägt erheblich zum Lebensgefühl und zum Umweltschutz bei. Was als „gutes ÖPNV-System“ empfunden wird oder nicht, erklärt Stefan Weigele, dem Initiator des ÖPNV-Reports des Instituts civity folgendermaßen mit einer Untersuchung seines Instituts. Daraus geht hervor, dass die Entscheidung für oder gegen den ÖPNV nicht in erster Linie vom Preis abhängig sei. Vorrangig sei es wichtig, wie schnell und zuverlässig und erreichbar der ÖPNV wäre. Fahren die öffentlichen Verkehrsmittel verlässlich am Wochenende und das auch überall hin, am Abend? Und weiter: Wie weit ist die nächste Haltestelle entfernt, „letzte Meile“? Das sind die wichtigsten Fragen, die die potenziellen Fahrgäste interessieren. Selbstverständlich ist das Fahrgeld ein in der Kalkulation zu berücksichtigender Faktor, doch die Menschen sind bereit für einen erheblich verbesserten ÖPNV mehr zu zahlen. Wir plädieren weiterhin für gerechte Verkehrsverhältnisse für alle, flexibel – aber eben auch auf unrentablen Strecken und Zeiten, ökologisch, barrierefrei, umlagefinanziert – od. 365 € Ticket, o.Ä.

E-Mobilität kann nur eine Übergangslösung für den öffentlichen wie individuellen Verkehr sein. Auch die Rohstoffe der E-Mobile sind noch nicht nachhaltig oder gar fair. Wir müssen zwingend die Prioritäten neu setzen. Ein paar Beispiele: ÖPNV vor Individualverkehr, Fußgänger und Radfahrer vor Autos, Wasserstoffantrieb für Züge und Omnibusse, etc.

Leider war die Bürgeranregung für die Ausrufung des Klimanotstands erfolglos. Eine Begründung war der Terminus „Notstand“ - wir sprechen vom Pflegenotstand, vom Wohnungsnotstand etc.- das ist auch kein Problem. Und? Wieso sollte etwas, das unter größter Not steht, nicht auch so genannt werden dürfen? Der Name ist letztendlich auch egal, denn entscheidend ist der Inhalt und das damit verbundene Ziel. Diesem hat sich der Kreistag unverständlicher Weise entzogen. Dabei sollte einzig sichergestellt werden, dass der Maßstab „Klimaverträglichkeit“ an jede Entscheidung angelegt wird. Der UNO Generalsekretär Guterres spricht vom Klimanotstand, die Europäische Union hat ihn ausgerufen. Menschen gehen dafür auch bei uns in bemerkenswerter Zahl für eine andere Klima- und Umweltpolitik auf die Straße, es bilden sich Gruppen im Kreis wie „Parents for Future und Science for Future“. Sie alle drücken deutlich aus, was sie von der Politik erwarten. Handeln und nicht länger nur verhandeln!

Niemand bezweifelt, dass der Kreis Coesfeld eine Reihe nützlicher Entscheidung auf den Weg gebracht hat. Aber bei differenzierter Betrachtung bleibt noch reichlich Luft nach oben und noch sehr viel zu tun. Ein einfaches Umbenennen eines Arbeitskreises und nur die Herstellung von Öffentlichkeit hilft wenig. Dadurch ist noch keine Tonne CO₂ gespart. Wir können den Klimawandel nicht aussitzen – wir können nur versuchen, ihn aufzuhalten und deutliche Gegenmaßnahmen zu treffen. Das geht nur durch schnelles Handeln im Zeitfenster der nächsten zehn Jahren. Wir sind es den Kindern und nachfolgenden Generationen schuldig.

In der Landwirtschaft stellt sich ein Bild dar, dass die hiesigen kleinen und mittelständigen Landwirte und Landwirtinnen zu zerreißen droht. Einerseits leben sie mit den Vorgaben der EU, des Bundes, etc., - andererseits müssen sie sich dem wandelnden Agrarbewusstsein stellen. Ohne jeden Zweifel kämpfen sie um ihr Überleben. Sie sehen sich zwischen Umweltschutz und Ertragszwang gefangen. Andererseits wissen wir, dass die Landwirtschaft der zweit größte Produzent von schädlichem CO₂-Gas ist. Außerdem belegen zahlreiche Studien, dass Menschen die arm oder finanzschwach sind, einen kleineren ökologischen Fußabdruck hinterlassen als die Anderen. Gleichzeitig sind diese von Umweltbelastungen viel stärker betroffen. Um das Dilemma für alle zu bewältigen und zu lösen, raten wir zur Umwelt- und Agrargerechtigkeit. Konkret heißt das, die Ungleichheit aufzuheben und gleichzeitig Natur und Tier zu schützen.

Wir sehen den Weg in die Zukunft nur in der Förderung von Haltungs- und Anbausystemen, die den Boden, Tiere und Pflanzen besonders berücksichtigen. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die anwendungsnah, auf die Praxis orientiert und ökologisch ist. Wir stehen für bezahlbare und gesunde Lebensmittel für alle, ökologisch soziale Lebensmöglichkeiten ausdrücklich auch für Tiere, gerechte Übergänge und nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft, die bei guter Bezahlung ein angemessenes Auskommen aller Beteiligten einschließt. Da das für einen einzelnen Hof allein nicht zu leisten ist, leitet sich eine Einwirkungs- und Hilfespflicht der Kommunalpolitik ab, die aus dem Haushaltsplan 2020 nicht ersichtlich ist.

Anderes als die Anregung, den Klimanotstand auszurufen, war eine andere Bürger*innen Anregung im Winter 2018 erfolgreich und hatte zur Folge dass nun der Kreis Mitglied des weltweiten Netzwerks „Ma-

yors for Peace“ ist. Als Friedensfreundin bin ich und sind wir als Linke im Kreis darüber ausgesprochen erfreut. Doch auch bei diesem Netzwerk handelt es sich nicht Symbolpolitik. Vielmehr erwächst Verantwortung aus der Unterzeichnung.

Deshalb möchten wir die Gelegenheit nutzen, um auf die ICAN Erklärung (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen/Friedensnobelpreis 2017) hinzuweisen und auch hier um Unterzeichnung auf diesem Wege bitten, da wir leider keine Anträge einbringen können. Dort heißt es, „Unsere Städte/Gemeinden (Anm.hier: unser Kreis) sind zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Einwohner*innen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Menschen und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“
Der Zusammenhang zum „Mayors for Peace“ ergibt sich folgerichtig. Ein Mitglied der „Mayors for Peace“ sollte unbedingt diese Erklärungen unterzeichnen. Betrifft es doch die essentielle DNA des Verbundes, der Bürgermeister für den Frieden.

So gäbe es noch viel zu sagen, doch möchte ich mich jetzt kurzfassen und nur einige Stichpunkte aufzählen:

- Die jahrhundertelange gewachsene Identität unserer Dörfer und Gemeinden darf nicht verloren gehen, muss sich entwickeln können um im 21. Jahrhundert und darüber hinaus weiter zu bestehen.

(Kommunale Aufgabe)

- der Stand der Inklusion – hier sehen wir noch viel Handlungsbedarf

Ein Anfang wäre ein Unterausschuss, mit Beteiligung der Betroffenenverbände,

Ferner:

- die Beteiligung und Kapitalerhöhung in Bezug auf den FMO

- der Stellenplan

- die ZAB

- die Schaffung einer Gleichstellungskommission

- die Situation im Schultransport – übervolle Busse – erhöhte Unfallgefahr

Mit meinen Ausführungen habe ich Ihnen ausführlich erklärt, warum wir auch in diesem Jahr dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen werden. Erlauben Sie bitte noch eine Anmerkung, bevor ich den Platz räume. Im September 2020 stehen die nächsten Kommunalwahlen an. Unseres Erachtens werden der Kampf gegen den Klimawandel und für soziale Gerechtigkeit die wichtigsten Themen.

Nur mit überzeugenden Antworten in diesen Themenbereichen werden wir gemeinsam den Einfluss der Rechten im Kreis klein halten können. Die Bürger*innen im Kreis haben mehrfach bewiesen wie „bunt“ es bei uns ist. Dafür, herzlichen Dank!

Ich bedanke mich ebenfalls bei Ihnen Allen für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld und wünsche Ihnen ein friedvolles Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Danke

- - -